

Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO i.V.m §§ 80 SGB X / 61 SGB VIII

**im Rahmen des Jugendhilfeprojektes
Babybegrüßungsbesuche (BBB)**

Auftraggeber (Verantwortlicher):

Regionalverband Saarbrücken (RVS)
vertreten durch den Regionalverbandsdirektor Herr Peter Gillo

Auftragnehmer (Auftragsverarbeiter):

Caritasverband Saarbrücken und Umgebung e.V., (Caritas)
vertreten durch die Vorstandsvorsitzende Frau Gisela Rink und den
Caritasdirektor Herr Michael Groß

Präambel

Bei dem Fachamt (Jugendamt) des Auftraggebers handelt es sich um eine Institution des öffentlichen Rechtes im Sinne des Sozialgesetzbuches. Insofern sind die gesetzlichen Bestimmungen des Sozialdatenschutzes, insbes. § 80 SGB X zu berücksichtigen.

Der Auftragnehmer ist eine kirchliche Einrichtung und ist dem Anwendungsbereich des KDG (Gesetz über den kirchlichen Datenschutz) unterstellt.

Die Parteien beziehen die nach Art. 91 DSGVO vorgesehene Anwendung des KDG für die vom Auftragnehmer zu erstellenden und zu verantwortenden Maßnahmen in diesen Vertrag mit ein.

1. Gegenstand und Dauer des Vertrages

1.1 Der Auftrag umfasst Folgendes:

Exkurs Programmhintergrund

Baby-Begrüßungs-Besuche (BBB) im Regionalverband Saarbrücken.

Sinn und Zweck des Projektes ist, möglichst viele junge Familien/Personensorgeberechtigte so früh wie möglich zu erreichen und über lokale Hilfe- und Unterstützungsangebote rund um die Geburt und die ersten Lebensjahre des Neugeborenen zu informieren.

Dieses bürgerfreundliche, universal-präventive Angebot der Jugendhilfe und der teilnehmenden Kommunen bedeutet, Kommunalverwaltung positiv erfahrbar zu machen und Eltern in ihrer erzieherischen und fürsorglichen Kompetenz zu stärken.

Gesetzliche Grundlage zu dem Besuchsdienst ist die Informationspflicht gemäß dem Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz § 1, Absatz 4 und § 2 KKG, i.V.m § 16 Abs. 3 SGB VIII.

Beauftragung Operativ:

Zur Anbahnung und Durchführung der Besuche bei den Eltern ist der Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V. nach § 4 Abs. (2) SGB VIII subsidiär durch das Jugendamt des RVS beauftragt.

Zur Anbahnung der Besuche wird ein Elternbrief in den teilnehmenden Kommunen mit den Kontaktdaten der Eltern durch den Caritasverband versendet, d.h. der Verband ist beauftragt, die Kontaktaufnahme der Eltern schriftlich zu organisieren und zu koordinieren.

In dem Anschreiben wird das Anliegen der BBB den Eltern geschildert, und eine Besuchsofferte mit konkretem Datum gemacht, mit der Möglichkeit der Eltern, den Besuch abzulehnen oder einen Alternativtermin mit der Besuchskordinatorin der Caritas zu vereinbaren.

Angeschrieben werden Eltern im aktuellen Quartal mit Niederkunft im vorhergehenden Quartal.

Der Auftragnehmer verarbeitet dabei personenbezogene Daten für den Auftraggeber im Sinne von Art. 4 Nr. 2 und Art. 28 DS-GVO auf Grundlage dieses Vertrages.

Die vertraglich vereinbarte Dienstleistung wird ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht. Jede Verlagerung der Dienstleistung oder von Teilarbeiten dazu in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DS-GVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

1.2 Dauer des Auftrags

Der Vertrag beginnt am 01.01.2019 und endet am 31.12.2019. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht von einer der Vertragsparteien zum 30.06 eines laufenden Jahres gekündigt wird.

Der Auftraggeber kann den Vertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragnehmers gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieses Vertrages vorliegt, der Auftragnehmer eine Weisung des Auftraggebers nicht ausführen kann oder will oder der Auftragnehmer Kontrollrechte des Auftraggebers vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in diesem Vertrag vereinbarten und aus Art. 28 DS-GVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar.

2. Art und Zweck der Verarbeitung, Art der personenbezogenen Daten sowie Kategorien betroffener Personen

2.1 Art der Verarbeitung (entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 2 DSGVO)

Verwendung der personenbezogenen Daten zur postalischen Adressierung an die Personensorgeberechtigten mit dem Angebot der Durchführung eines Babybegrüßungsbesuches durch ehrenamtliche / hauptamtliche Mitarbeiter/Innen

des Auftragsverarbeiters.

2.2 Art der personenbezogenen Daten (entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 1, 13, 14 und 15 DSGVO)

Nach Erhalt gem. § 16 der Verordnung über die Zulassung der regelmäßigen Übermittlung von Daten aus dem Melderegister an Behörden oder andere öffentliche Stellen (Meldedaten Übermittlungsverordnung – MeldDÜV Saarland) vom 30. Oktober 2015 -zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 18.04.2018, Amtsbl. S. 332- werden vom Auftraggeber folgende Daten dem Auftragsverarbeiter weitergegeben:

1. Familienname (derzeitiger Name mit Namensbestandteilen)
2. Vornamen
3. Geburtsdatum
4. Geschlecht
5. gesetzliche Vertreterin oder gesetzlicher Vertreter
6. Staatsangehörigkeiten
7. Anschriften (derzeitige)

2.3 Kategorien betroffener Personen (entsprechend der Definition von Art. 4, Nr. 1 DSGVO):

Personenstammdaten der Zielgruppe:
Personensorgeberechtigte eines neugeborenen Kindes.

3. Rechte und Pflichten sowie Weisungsbefugnisse des Auftraggebers

Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 DSGVO sowie für die Wahrung der Rechte der betroffenen Personen nach den Art. 12 bis 22 DS-GVO ist allein der Auftraggeber verantwortlich. Gleichwohl ist der Auftragnehmer verpflichtet, alle solche Anfragen, sofern sie erkennbar ausschließlich an den Auftraggeber gerichtet sind, unverzüglich an diesen weiterzuleiten.

Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes und Verfahrensänderungen sind gemeinsam zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzustimmen und schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format festzulegen.

Der Auftraggeber erteilt alle Aufträge, Teilaufträge und Weisungen in der Regel schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format. Mündliche Weisungen sind unverzüglich schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, sich wie unter Nr. 5 festgelegt, vor Beginn der Verarbeitung und sodann regelmäßig in angemessener Weise von der

Einhaltung der beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen, sowie der in diesem Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu überzeugen.

Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung der Auftragsergebnisse feststellt.

Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragnehmers vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung dieses Vertrages bestehen.

4. Weisungsberechtigte des Auftraggebers, Weisungsempfänger des Auftragnehmers

Weisungsberechtigte Personen des Auftraggebers sind:

ANDREAS PILTZ
Regionalverband Saarbrücken
Fachdienst 51 Jugendamt
Abteilung 51.6 Jugendhilfeplanung und Fachcontrolling
Sachbearbeitung Projektförderung
Postfach 103055
66030 Saarbrücken

Telefon: +49 681 506 51 08
Telefax: +49 681 506 51 90
E-Mail: andreas.piltz@rvsbr.de

THOMAS KRUSE
Regionalverband Saarbrücken
Fachdienst 51 Jugendamt
Abteilung 51.6 Jugendhilfeplanung und Fachcontrolling
Abteilungsleiter
Postfach 103055
66030 Saarbrücken

Telefon.: +49 681 506 51 60
Telefax: +49 681 506 51 90
E-Mail: thomas.kruse@rvsbr.de

Weisungsempfänger beim Auftragnehmer sind:

JUTTA ANTON-WACHALL
Leiterin der Familienunterstützenden Dienste

Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V.

Haus der Caritas
Soziale Dienste
Johannisstraße 2
66111 Saarbrücken

Telefon 0681 30906-20
Telefax 0681 30906-18
E-Mail: anton-wachall-j@caritas-saarbruecken.de

Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der Ansprechpartner sind dem Vertragspartner unverzüglich und grundsätzlich schriftlich oder elektronisch die Nachfolger bzw. die Vertreter mitzuteilen. Die Weisungen sind für ihre Geltungsdauer und anschließend noch für drei volle Kalenderjahre aufzubewahren.

5. Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Auftraggebers, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a DS-GVO).

Der Auftragnehmer verwendet die zur Verarbeitung überlassenen personenbezogenen Daten für keine anderen, insbesondere nicht für eigene Zwecke. Kopien oder Duplikate der personenbezogenen Daten werden ohne Wissen des Auftraggebers nicht erstellt.

Der Auftragnehmer sichert im Bereich der auftragsgemäßen Verarbeitung von personenbezogenen Daten die vertragsgemäße Abwicklung aller vereinbarten Maßnahmen zu. Er sichert zu, dass die für den Auftraggeber verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen strikt getrennt werden.

Bei der Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen nach Art. 12 bis 22 DS-GVO durch den Auftraggeber, an der Erstellung der Verzeichnisse von Verarbeitungstätigkeiten sowie bei erforderlichen Datenschutz-Folgeabschätzungen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer im notwendigen Umfang mitzuwirken und den Auftraggeber soweit möglich angemessen zu

unterstützen (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. e und f DS-GVO). Er hat die dazu erforderlichen Angaben jeweils unverzüglich an folgende Stellen des Auftraggebers weiterzuleiten:

ANDREAS PILTZ (Weisungsberechtigte Person Auftraggeber)

In Vertretung:

THOMAS KRUSE (Weisungsberechtigte Person Auftraggeber)

Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich darauf aufmerksam machen, wenn eine vom Auftraggeber erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen gesetzliche Vorschriften verstößt (Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DS-GVO). Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie durch den Verantwortlichen beim Auftraggeber nach Überprüfung bestätigt oder geändert wird.

Der Auftragnehmer hat personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis zu berichtigen, zu löschen oder deren Verarbeitung einzuschränken, wenn der Auftraggeber dies mittels einer Weisung verlangt und berechtigte Interessen des Auftragnehmers dem nicht entgegenstehen.

Auskünfte über personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis an Dritte oder den Betroffenen darf der Auftragnehmer nur nach vorheriger Weisung oder Zustimmung durch den Auftraggeber erteilen.

Der Auftragnehmer erklärt sich damit einverstanden, dass der Auftraggeber - grundsätzlich nach Terminvereinbarung - berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Datensicherheit sowie der vertraglichen Vereinbarungen im angemessenen und erforderlichen Umfang selbst oder durch vom Auftraggeber beauftragte Dritte zu kontrollieren, insbesondere durch die Einholung von Auskünften und die Einsichtnahme in die gespeicherten Daten und die Datenverarbeitungsprogramme sowie durch Überprüfungen und Inspektionen vor Ort (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. h DS-GVO)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, der oder dem LfDI (Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit) und den von ihm beauftragten Bediensteten Zugang zu den Arbeitsräumen zu gewähren und lässt die Kontrolle nach Maßgabe des Saarländischen Datenschutzgesetz (SDSG) in seiner jeweiligen Fassung zu.

Der Auftragnehmer sichert zu, dass er, soweit erforderlich, bei diesen Kontrollen unterstützend mitwirkt.

Der Auftraggeber ist davon in Kenntnis gesetzt, dass es aufgrund des Einsatzes von Ehrenamtlichen in Einzelfällen zur Verarbeitung von Daten in Privatwohnungen kommen kann und stimmt diesem zu. Soweit die Daten in einer Privatwohnung verarbeitet werden, sind auch in diesem Fall Maßnahmen nach Art. 32 DS-GVO sicherzustellen.

Überprüfungen und eventuell notwendige Inspektionen vor Ort durch den LfDI und der von ihm eingesetzten Bediensteten sind in diesen Fällen vorher mit dem Auftragnehmer abzustimmen. Im Rahmen seiner Möglichkeiten wirkt der Auftragnehmer darauf hin, dass die anderen Bewohner dieser Privatwohnung mit dieser Regelung einverstanden sind.

Der Auftragnehmer bestätigt, dass ihm die für die Auftragsverarbeitung einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften bekannt sind.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der auftragsgemäßen Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Auftraggebers die Vertraulichkeit zu wahren. Die Verpflichtung zur Wahrung der Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung des Vertrages fort.

Der Auftragnehmer sichert zu, dass er die bei der Durchführung der Arbeiten beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut macht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet. Der Auftragnehmer überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Betrieb.

Beim Auftragnehmer ist als Beauftragte für den Datenschutz Frau

Marianne Pelzer
Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V.
Haus der Caritas
Qualitätsmanagement, bDSB
Johannisstraße 2
66111 Saarbrücken
Telefon 0681 30906-86
Telefax 0681 30906-18
pelzer-m@caritas-saarbruecken.de
www.caritas-saarbruecken.de

bestellt.

Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten ist dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

6. Mitteilungspflichten des Auftragnehmers bei Störungen der Verarbeitung und bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten

Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber unverzüglich Störungen, Verstöße des Auftragnehmers oder der bei ihm beschäftigten Personen sowie gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder die im Auftrag getroffenen Festlegungen sowie den Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten mit. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf eventuelle Melde- und Benachrichtigungspflichten des Auftraggebers nach Art. 33 und Art. 34 DS-GVO. Der Auftragnehmer sichert zu, den Auftraggeber erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DS-GVO angemessen zu unterstützen (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. f DS-GVO). Meldungen nach Art. 33 oder 34 DS-GVO für den Auftraggeber darf der Auftragnehmer nur nach vorheriger Weisung gem. Ziff. 4 dieses Vertrages durchführen.

7. Unterauftragsverhältnisse mit Subunternehmern (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. d DS-GVO)

Die Beauftragung von Subunternehmern zur Verarbeitung von Daten des Auftraggebers ist dem Auftragnehmer nur mit Genehmigung des Auftraggebers gestattet, Art. 28 Abs. 2 DS-GVO, welche auf einem der o. g. Kommunikationswege (Ziff. 4) mit Ausnahme der mündlichen Gestattung erfolgen muss. Die Zustimmung kann nur erteilt werden, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber Namen und Anschrift sowie die vorgesehene Tätigkeit des Subunternehmers mitteilt. Außerdem muss der Auftragnehmer dafür Sorge tragen, dass er den Subunternehmer unter besonderer Berücksichtigung der Eignung der von diesen getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen im Sinne von Art. 32 DS-GVO sorgfältig auswählt. Nicht hierzu gehören Nebenleistungen, die der Auftragnehmer z.B. als Telekommunikationsleistungen, Post-/Transportdienstleistungen, Reinigungsdienstleistungen in Anspruch nimmt. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit der Daten des Auftraggebers auch bei ausgelagerten Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

Eine Beauftragung von Subunternehmern in Drittstaaten darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DS-GVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

Der Auftragnehmer hat vertraglich sicherzustellen, dass die vereinbarten Regelungen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer auch gegenüber

Subunternehmern gelten. In dem Vertrag mit dem Subunternehmer sind die Angaben so konkret festzulegen, dass die Verantwortlichkeiten des Auftragnehmers und des Subunternehmers deutlich voneinander abgegrenzt werden.

Der Vertrag mit dem Subunternehmer muss schriftlich abgefasst werden, was auch in einem elektronischen Format erfolgen kann (Art. 28 Abs. 4 und Abs. 9 DS-GVO).

Die Verarbeitung von Daten durch den Subunternehmer ist erst zulässig, wenn der Subunternehmer die Verpflichtungen nach Art. 29 und Art. 32 Abs. 4 DS-GVO bezüglich seiner Beschäftigten erfüllt hat.

Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Pflichten des/der Subunternehmer(s) in geeigneter Weise zu prüfen.

Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber dafür, dass der Subunternehmer den Datenschutzpflichten nachkommt, die ihm durch den Auftragnehmer im Einklang mit dem vorliegenden Vertragsabschnitt vertraglich auferlegt wurden.

Zurzeit sind für den Auftragnehmer folgende Subunternehmer nach Anhang I mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten in dem dort genannten Umfang beschäftigt. Mit deren Beauftragung erklärt sich der Auftraggeber einverstanden.

Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen immer über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung neuer oder die Ersetzung bisheriger Subunternehmer, wodurch der Auftraggeber die Möglichkeit erhält, gegen derartige Änderungen Einspruch zu erheben (§ 28 Abs. 2 Satz 2 DS-GVO).

8. Technische und organisatorische Maßnahmen nach Art. 32 DS-GVO (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. c DSGVO)

Es wird für die konkrete Auftragsverarbeitung ein dem Risiko für die Rechte und Freiheiten der von der Verarbeitung betroffenen natürlichen Personen angemessenes Schutzniveau gewährleistet. Dazu werden die Schutzziele von Art. 32 Abs. 1 DS-GVO, wie Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Systeme und Dienste sowie deren Belastbarkeit in Bezug auf Art, Umfang, Umstände und Zweck der Verarbeitungen derart berücksichtigt, dass durch geeignete technische und organisatorische Abhilfemaßnahmen das Risiko auf Dauer eingedämmt wird.

Für die auftragsgemäße Verarbeitung personenbezogener Daten wurde eine Risikobewertung für die Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere der Risiken für die Rechte und Freiheiten der betroffenen berücksichtigt. (Anhang II)

Das im Anhang III beschriebene Datenschutzkonzept stellt die Auswahl der technischen und organisatorischen Maßnahmen passend zum ermittelten Risiko

unter Berücksichtigung der Schutzziele nach Stand der Technik detailliert und unter besonderer Berücksichtigung der eingesetzten IT- Systeme und Verarbeitungsprozesse beim Auftragnehmer dar.

Das im Anhang III beschriebene Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der datenschutzkonformen Verarbeitung wird als verbindlich festgelegt.

Der Auftragnehmer hat bei gegebenem Anlass, mindestens aber jährlich, eine Überprüfung, Bewertung und Evaluation der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung durchzuführen (Art. 32 Abs. 1 lit. d DS-GVO). Das Ergebnis ist auf Verlangen dem Auftraggeber mitzuteilen.

Für die Sicherheit erhebliche Entscheidungen zur Organisation der Datenverarbeitung und zu den angewandten Verfahren sind zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber abzustimmen.

Soweit die beim Auftragnehmer getroffenen Maßnahmen den Anforderungen des Auftraggebers nicht genügen, benachrichtigt er den Auftraggeber unverzüglich.

Die Maßnahmen beim Auftragnehmer können im Laufe des Auftragsverhältnisses der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung angepasst werden, dürfen aber die vereinbarten Standards nicht unterschreiten.

Wesentliche Änderungen muss der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber in dokumentierter Form (schriftlich, elektronisch) abstimmen. Solche Abstimmungen sind für die Dauer dieses Vertrages aufzubewahren.

9. Verpflichtungen des Auftragnehmers nach Beendigung des Auftrags, (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. g DS-GVO)

Sind die Hausbesuche im Rahmen der BBB pro gemeldeten/übermittelten Quartal abgeschlossen, sind die jeweiligen Meldedaten unverzüglich und unwiderruflich auf allen Medien, respektive Datenträgern des Auftragnehmers zu löschen.

Nach Abschluss der vertraglichen Arbeiten hat der Auftragnehmer sämtliche in seinen Besitz gelangte Daten, Unterlagen und erstellte Verarbeitungs- oder Nutzungsergebnisse, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, datenschutzgerecht zu löschen bzw. zu vernichten zu lassen.

Die Löschung bzw. Vernichtung ist dem Auftraggeber mit Datumsangabe schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

10. Haftung

Auf Art. 82 DS-GVO wird verwiesen.

11. Sonstiges

Vereinbarungen zu den technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie Kontroll- und Prüfungsunterlagen (auch zu Subunternehmen) sind von beiden Vertragspartnern für ihre Geltungsdauer und anschließend noch für drei volle Kalenderjahre aufzubewahren.

Für Nebenabreden ist grundsätzlich die Schriftform oder ein dokumentiertes elektronisches Format erforderlich.

Sollte das Eigentum oder die zu verarbeitenden personenbezogenen Daten des Auftraggebers beim Auftragnehmer durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu verständigen.

Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Auftraggeber verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

Sollten einzelne Teile dieser Vereinbarung unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.

Saarbrücken, den XX.XX.XXXX

Caritasverband Saarbrücken und Umgebung e.V.
Die Vorstandsvorsitzende / Der Caritasdirektor

Regionalverband Saarbrücken
Der Regionalverbandsdirektor